

Herausgeber:

Anti-Rassismus Informations-Centrum,
ARIC-NRW e.V. Duisburg

Migrationsberatung für Erwachsene Zuwanderer (MBE)

Oferim consiliere și asistență pentru imigranții adulți și persoanele provenite din familii de migranți (cu vârsta de peste 27 de ani).

Ние консултираме и напътстваме имигранти над 27 годишна възраст и чуждестранни граждани над 27 години.

Yetişkin göçmenlere yönelik göç ve uyum danışmanlığı 27 yaşından üzeri yabancılar içindir.

Telefon: 0203 608 76 49

Mobil: 015772722299

Visan@aric-nrw.de

&

Integrationsagentur, Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit

Adresse:

Friedenstr. 11

47053 Duisburg

info@aric-nrw.de, www.aric-nrw.de

Duisburg im Mai 2014

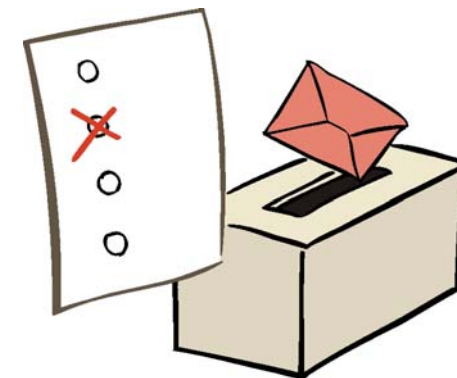
Gefördert durch das

Ministerium für Arbeit,
Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen



Wahltag am 25.Mai 2014:

Auch Ihre Stimme zählt!



Am 25.05.2014 wird in Duisburg gewählt:

- Europawahl
- Kommunalwahl
- Integrationsratswahl

Nutzen Sie Ihre Rechte und gehen Sie zur Wahl, um Einfluss auf die Politik zu nehmen und Ihre Zukunft in dieser Stadt mitzubestimmen.

Wir haben die Parteien, die zur Kommunalwahl in Duisburg antreten, gefragt und diese haben zu den Bereichen:

- ✓ Wohnen
- ✓ Arbeit
- ✓ Bildung
- ✓ Sprache
- ✓ Gesundheit
- ✓ Willkommenskultur

geantwortet.

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl am 25.05.2014 in Duisburg zum Thema: Verbesserung der Lebensbedingungen der EinwanderInnen aus Rumänien und Bulgarien : Überblick über die Antworten der Parteien

	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	Die Piraten	FDP	Junges Duisburg
Wohnen	Die CDU unterstützt das Wohnungsaufsichtsgesetz, dass eine Mindestquadratmeterzahl pro Person für eine menschenwürdige Unterbringung vorschreibt. Darüber hinaus hat die Partei vorgeschlagen, wohnungssuchenden Migranten aus Südosteuropa auch Wohnungen im ganzen Duisburger Stadtgebiet anzubieten beziehungsweise zu vermitteln, da es in der Stadt zur Zeit 14.000 leere Wohnungen gibt.	Eine zukünftige Überbelegung wird durch das neue Wohnungsaufsichtsgesetz verhindert, so dass es Vermietern nicht mehr möglich ist, die Not wohnungssuchender Menschen auszunutzen, um möglichst hohe Gewinne zu erzielen. Bürger und Mieter können zukünftig entsprechende Missstände melden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadtverwaltung das Gesetz konsequent umsetzt.	Das neue Wohnungsaufsichtsgesetz wird von den Grünen als starkes Instrument bewertet. Die Stadtverwaltung soll die erforderlichen Mindeststandards bei Mietwohnung überprüfen. Die städtische Wohnungsgesellschaft GEBAG soll damit zu beauftragt werden, respektablen Wohnraum für jeden Menschen zur Verfügung zu stellen.	Die Linke fordert ein wohnungspolitisches Konzept, dass die sog. Problemwohnungen erfasst bzw. frühzeitig erkennt und entsprechende Strategien entwickelt. Das neue Wohnungsaufsichtsgesetz in NRW wird von der Linken begrüßt. Wir fordern, dass sich die kommunale Wohnungsgesellschaft GEBAG stärker für NeubürgerInnen öffnet.	Die Stadt Duisburg benötigt jederzeit erreichbare Integrationslotsen, die eine sanfte Steuerung des Umzugs in Mietwohnungen der GEBAG (Städtische Wohnungsbaugesellschaft) vornehmen. Ziel soll eine Unterbringung im ganzen Stadtgebiet sein	Die FDP begrüßt die Regelung im neuen Wohnungsaufsichtsgesetz in NRW. Der Schutz der Nachbarschaft ist gerade dann geboten, wenn (noch) nicht integrierte oder nicht integrierwillige Personengruppen in größerer Anzahl konzentriert hier leben, aber für uns in nicht tolerierbarer Art leben. Kriminellen Strukturen, die insbesondere auf Ausbeutung ausgerichtet sind, ist kraftvoll und dauerhaft zu begegnen	Aus Sicht von JUNGES DUISBURG gibt es in Duisburg ausreichenden menschenwürdigen Wohnraum. Es muss vielmehr dafür gesorgt werden, dass die Neubürger besser in verschiedenen Stadtteilen mit einem intaktem Wohnumfeld verteilt werden. Die Stadt muss eine Wohnortberatung einführen, die den Zureisenden bezahlbare, aber eben auch angemessene Alternativen zu den prekären Wohnungen anbietet. Gegen Vermieter, die prekäre Wohnsituationen zulassen oder gezielt Mieter ausbeuten müssen das Ordnungsamt und das Gesundheitsamt vorgehen. Darüber hinaus sind durch die Überbelegung anfallenden Mehrkosten, beispielsweise bei Strom, Gas, Wasser oder der Müllentsorgung, schnellstmöglich bei den Vermietern geltend zu machen u.einzutreiben..

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl am 25.05.2014 in Duisburg zum Thema: Verbesserung der Lebensbedingungen der EinwanderInnen aus Rumänien und Bulgarien : Überblick über die Antworten der Parteien

	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	Die Piraten	FDP	Junges Duisburg
Bildung	Die CDU Duisburg schlägt vor in den kommenden Jahren zusätzliche Gelder für Sprachförderung zur Verfügung stellen, um allen Schülern die Voraussetzung für eine erfolgreiche Schullaufbahn zu ermöglichen	Die SPD setzt sich für die Schaffung weiterer Kindertagesstättenplätze ein, um die Kleinsten zu integrieren und die Sprache zu vermitteln. Es werden jetzt schon ausreichend Schulplätze zur Förderung bereitgestellt. Da es aber viele Zu- und Wegzüge gibt, kann die Bereitstellung von Schulplätzen nicht immer sofort erfolgen. Wartelisten werden so schnell wie möglich abgearbeitet. Auch die Ausweitung der Erwachsenenbildung durch besondere Kurse erfolgt jetzt schon und soll weiter verstärkt werden.	Da kurzfristig ausreichend Lehrpersonal und angepasste Bildungskonzepte nicht zur Verfügung gestellt werden können, sollen zumindestens mit schulischen Auffangklassen alle Neu-Bürger*innen zu ihrem Recht auf Bildung kommen. Wir Grüne werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau im Elementarbereich den Gegebenheiten zügiger angepasst wird.	Die bestehenden Projekte der Vorbereitungsklassen müssen erhalten und ausgeweitet werden. Wichtig ist die Sicherung der Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabegesetz über das Frühjahr 2015 hinaus. Nach einer Elternumfrage fehlen in Duisburg 800 Kitaplätze. Hier ist die Bundesregierung aufgefordert, entsprechende finanzielle Mittel bereitzustellen.	Die Duisburger Piraten wünschen sich Integrationslotsen für die Stadt. Die Zuwandererfamilien sollten zeitnah über die Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche in der Stadt informiert werden. Die bereits bestehenden Vorbereitungsklassen sollten bedarfsdeckend ausgebaut werden. Die Plätze in Kindertagesstätten insbesondere für Kinder über 3 Jahre sollen ausgebaut werden.	Die FDP verlangt von der Landesregierung ausreichende Finanzmittel, um genügend Lehr- und Lernmittelausstattung, Lehrerinnen/Lehrer, ... und Schulsozialarbeiter zu haben. Die FDP drängt die Landesregierung dazu, sicherzustellen, dass jedes Kind zu mindestens in Vorbereitungsklassen beschult wird. An der Motivation der Zugewanderten mangelt es nicht, im Gegenteil. Des Weiteren müssen auch Bildungskurse für Eltern (vor allem Mütter) angeboten werden.	JUNGES DUISBURG fordert Kindergartenplätze anzubieten, um einerseits die Geringverdiener, die knapp über der Grenze zur Beitragspflicht liegen, ... nicht übermäßig zu belasten. Die Einrichtung von entsprechenden Auffangklassen muss konsequent fortgesetzt werden.

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl am 25.05.2014 in Duisburg zum Thema: Verbesserung der Lebensbedingungen der EinwanderInnen aus Rumänien und Bulgarien : Überblick über die Antworten der Parteien

	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	Die Piraten	FDP	Junges Duisburg
Arbeit :	Die CDU setzt sich dafür ein, dass die EU die Milliarden, die ursprünglich in Rumänien und Bulgarien zur Schaffung von Arbeitsplätzen ausgegeben werden sollten, nun in die Städte wie Duisburg fließen. Die CDU begrüßt, dass die Bundesregierung hierfür bereits 200 Millionen für sieben Städte in NRW angekündigt hat	Die SPD wird sich für die Bereitstellung von Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbildung / Ausbildungsverfahren durch Förderprogramme der Kommune, des Landes und Bundes sowie der Europäischen Union einsetzen.	In Bezug auf die Ausbeutung von Neuzuwanderer*innen werden Die Grünen in den kommenden Monaten die ausbeuterische Praxis einiger Arbeitgeber mit Blick auf die Gewerbefreiheit überprüfen lassen. Sie treten für Ausbildungs- und/oder Umschulungsprogramme ein, mit denen die Neuzuwanderer*innen angesprochen können.	Wir setzen uns für die Schaffung einer Beratungsstelle für europäische WanderarbeiterInnen und prekär Beschäftigte ein, die es bereits in anderen Städten gibt. Bei der Auftragsvergabe der Verwaltung und den städtischen Unternehmen an private Unternehmen muss auf die Einhaltung gesetzlicher und tariflicher Standards geachtet werden. Die Verwaltung soll gemeinsam mit den Gewerkschaften, der IHK und der Handwerkskammern eine Initiative für eine gesellschaftliche Achtung von Hungerlöhnen ergreifen. Die Jugendwerkstatt der GfB muss erhalten bleiben und sich verstärkt um Ausbildungsmöglichkeiten der zugewanderten Jugendlichen öffnen	In Duisburg wäre für Zuwanderer die Einführung von Qualifizierungsmaßnahmen wünschenswert, die über EU- oder sonstige Subventionen finanziert werden. Trotzdem sind in Duisburg nicht genügend offene / geeignete Arbeitsstellen vorhanden.	Die FDP fordert, die Personalmittel des Zolls zur Kontrolle von Schwarzarbeit zu erhöhen, und auch die Gewerbeaufsicht zur Behebung der vorhandenen Missstände einzusetzen. Wir setzen für die Information über die Rechte von ArbeitnehmerInnen/Arbeitnehmern in Schrift und Wort in der jeweiligen Muttersprache der Zugewanderten ein. Des Weiteren müssen durch gezielte Maßnahmen und Projekte über die Bundesagentur für Arbeit / das Jobcenter Duisburg Hilfestellungen zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt gegeben werden.	JUNGES DUISBURG setzt sich einerseits dafür ein, dass ausländische Berufs- und Bildungsabschlüsse einfachere und schneller anerkannt werden. Alle weiteren Menschen müssen qualifiziert werden. Insbesondere in einer Stadt wie Duisburg, in der nach wie vor eine recht große Anzahl von Arbeitsplätzen für einfachen Tätigkeiten vorhanden sind, sollte eine Integration in den Job möglich sein.

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl am 25.05.2014 in Duisburg zum Thema: Verbesserung der Lebensbedingungen der EinwanderInnen aus Rumänien und Bulgarien : Überblick über die Antworten der Parteien

	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	Die Piraten	FDP	Junges Duisburg
Sprache	Die CDU setzt sich daher für verstärkte Sprachförderangebote der Weiterbildungsinstitute Volkshochschule (VHS) und Stadtbücherei ein.	Das Angebot von Sprachkursen durch die Volkshochschule und im Rahmen von Aus- und Weiterbildung wird verbessert. Bestehende Sprachkurskapazitäten müssen ausgeweitet werden.	Außer der VHS hat die Stadt die Möglichkeit, Sprachförderung in Kindergärten und Schulen anzubieten. Das bisher zu wenig Angebote da sind, ist dem starken Zuwachs Neuzuwanderer*innen geschuldet. Außer mit Nachdruck die Vorbereitung der ausreichenden Plätze voranzubringen bleiben uns leider nicht viele Möglichkeiten.	Die Angebote der VHS – Deutsch als Zweitsprache – für Jugendliche und Erwachsene sollen erhalten bleiben. Von besonderer Wichtigkeit ist das Netzwerk von städt. Institutionen, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen, die gezielt in Schwerpunktstadteilen Sprachkurse anbieten. In den Kitas und Schulen müssen mehrsprachige Angebote ausgeweitet werden. Die Förderung der Selbstorganisation ist nicht nur in diesem Zusammenhang wichtig.	Die Piraten treten für flächen-deckende Sprach- und "Wiefunktioniert-Duisburg-Kursen" durch die Kommune ein.	Die FDP fordert, dass mehr Finanzmittel sowie Fachpersonal von der Bundesregierung und Landesregierung zur Verfügung gestellt werden, um Sprachkurse für Erwachsene mit verpflichtender Teilnahme anzubieten. Zudem sind ausreichende Kindergartenplätze mit frühkindlicher Sprachförderung zwingend notwendig.	JUNGES Duisburg fordert, dass die Volkshochschule hier einer der kommunalen Anbieter von Sprach- und Integrationskursen sich in den kommenden Monaten stärker als bisher einbringen muss.

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl am 25.05.2014 in Duisburg zum Thema: Verbesserung der Lebensbedingungen der EinwanderInnen aus Rumänien und Bulgarien : Überblick über die Antworten der Parteien

	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	Die Piraten	FDP	Junges Duisburg
Gesundheit	Es kann nicht Aufgabe der Stadt Duisburg sein, eine kostenfreie Gesundheitsversorgung anzubieten. Die CDU setzt sich allerdings für eine Ausweitung der Eingangsuntersuchung bei schulpflichtigen Kindern ein	Zuwanderer, die nicht krankenversichert sind bzw. der Versicherungsschutz nicht greift, wird eine Gesundheitsvorsorge nach dem Sozialgesetzbuch gewährleistet. Integrationslotsen müssen hier die Zuwanderer helfen, sich im deutschen Gesundheitssystem zurecht zu finden..	Die Grünen setzen sich für die Ergänzung des Gesundheitsangebot es der Stadt durch Finanzierung anderer Organisationen , wie z.B. die Malteser oder anderen kirchlichen Einrichtungen, damit diese ihre Angebote, u.a. nicht versicherte Menschen ärztlich zu versorgen, erweitern können	Der Aufbau eines Gesundheitsnetzes sowie die Einrichtung eines Fonds für Geld- und Sachspenden wird von Die Linke befürwortet. Im Bereich der Stadtmitte soll eine Beratungsstelle für Prostituierte eingerichtet, die von Selbsthilfegruppen in engem Kontakt mit dem Gesundheitsamt organisiert werden. Für Impfaktionen sowie die Schuleingangsuntersuchungen für Seiteneinsteiger-Kinder müssen weiterhin finanziert werden	Es bedarf hier einer verlässlichen Regelung, die für Unionsbürger im Rahmen der EU-Politik zu beschließen wäre, wo dann auch die ärztliche Versorgung von nicht lebensbedrohenden Krankheiten finanziell abgedeckt ist.	Die FDP fordert verstärkt kommunale Finanzhilfen für die Gesundheitsfürsorge , um genügend Fachpersonal, aber auch Dolmetscher zur Verfügung stellen zu können. Bei mangelndem Versicherungsnachweis soll die Kommune (Stadt Duisburg) die Kosten hierfür übernehmen. Außerdem fordert die FDP; dass Landesregierung Krankheitskosten, die 10.000 € bei einer Einzelperson übersteigen, übernimmt. Die Dienstleistungen der Verwaltung sollten auch auf die Bedürfnisse der Bürger und Migranten ausgerichtet werden.	Hier muss die Stadt, in Kooperation mit niedergelassenen Ärzten, Kliniken und dem zu 51% stadteigenen Krankenhaus, ein Versorgungsnetzwerk schaffen, das unbürokratisch hilft, solange Formalitäten noch nicht abschließend geklärt sind. Die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist im Interesse aller!

Wahlprüfsteine zur Kommunalwahl am 25.05.2014 in Duisburg zum Thema: Verbesserung der Lebensbedingungen der EinwanderInnen aus Rumänien und Bulgarien : Überblick über die Antworten der Parteien

	CDU	SPD	Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	Die Piraten	FDP	Junges Duisburg
Willkommenkultur	Die CDU will Strukturen schaffen, die eine Integration der integrationswilligen Zuwanderer in die demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozesse in unserer Stadt ermöglichen. Wenn dies gelingt, haben Vorurteile keinen Platz. Die CDU möchte eine Umstrukturierung der Verwaltung, um eine effektive und für alle Seiten reibungslose Abwicklung in den besonders belasteten Verwaltungsteilen zu gewährleisten. Grundsätzlich sollte die fortwährende Personalschulung und –fortbildung ein wesentlicher Bestandteil der modernen Personalführung innerhalb der Verwaltung sein.	Wir kämpfen gegen Vorurteile und tragen öffentlich zur Versachlichung bei. Wir bedauern deshalb, dass die CDU auf dem Rücken von Rumänen und Bulgaren Wahlkampf betreibt. Zuwanderer werden von der Verwaltung nicht diskriminiert. Falls so etwas in Einzelfällen vorkommt, sollen die Betroffenen sich schnellstmöglich melden, am besten bei der Leitung des Kommunalen Integrationszentrums .	Die Grünen setzen sich für strukturelle und finanzielle Unterstützung von Antirassismuarbeit ein, um Vorurteile abzubauen. Für sie ist ein vielfältiges Duisburg sehr wichtig, die sie gerne mit der entsprechenden Sensibilisierung der städt. Belegschaft in den kommenden Jahren ergänzen möchten.	Wir wollen dass sich die städt. Verwaltung interkulturell öffnet. Dazu gehört, dass bei Neueinstellungen verstärkt darauf geachtet wird, dass BewerberInnen mit Migrationshintergrund entsprechend der Zusammensetzung der Duisburger Bevölkerung berücksichtigt werden sowie eine entsprechende Fortbildung. Sensibilisierungs- und Trainingsmaßnahmen für MitarbeiterInnen sollten ein fester Bestandteil dieser „Fortbildung“ sein.	Die Duisburger Piratenpartei fordert an der Schnittstelle Neuzuwanderer / Verwaltung / Anspruchswesen eine(n) Ombudsfrau(mann) oder Mediator, die/der mögliche Fehlentscheidungen oder Respektlosigkeiten als Vertreter der Zuwanderer wahrnimmt. Abschließend könnte man sagen, es bedarf der Vernetzung aller in diesen Zusammenhängen agierenden Akteure. Ziel muss sein, die öffentliche Wahrnehmung von dem Kurs des Misstrauens abzubringen und ein zukunftsfähiges Zusammenleben anzustreben.	Die Stadt muss als Berater, Organisator und Unterstützer funktionieren. Dabei sollten die Mitarbeiter bezüglich interkultureller Kompetenz geschult werden. Die Probleme der Zuwanderung – auch von Roma - in einigen Stadtvierteln (auch von Duisburg) müssen auch öffentlich – auch durch die Politik – angesprochen werden, um passgenaue Hilfestellungen für die jeweiligen Bevölkerungsgruppen geben zu können	Für politische Parteien und Wählergemeinschaften ist es wichtig, dass Thema sachlich und zielorientiert zu diskutieren und zu behandeln und nicht zu Wahlkampfzwecken auszuschlachten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städt. Ämter sollten jeden Bürger, gleich welcher Herkunft, offen und freundlich gegenüberstehen. Sollte es hier zu Defiziten gekommen sein, sind entsprechende Schulungen sicherlich sinnvoll.

Anmerkung: Die Alternative für Deutschland AfD Duisburg hat geantwortet aber keine der gestellten Fragen direkt beantwortet, sondern aus den politischen Leitlinien der Bundespartei Passagen entnommen.